



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Er fühlte sie unter seiner Hand schauern. Da war es wieder, was sie eben in dieser Umarmung vergessen gehabt hatte: ihr Gebet um Vernichtung des goldenen Engels, der feurige Hammer und das elende Schuldgefühl, das ihr im Herzen brannte, trotz alles Wehrens von Vernunft und Glauben.

Gott thut, was gut ist, nicht wahr? Und wenn wir uns die Hände wund fiesen, er läßt uns nichts zu Willen geschehen, was gegen seinen Willen ist?

Karl ließ die Schwester los und sah sie zweifelnd an, er begriff nicht, was sie meinte, noch weniger, was sie gerade jetzt damit wollte: er sah immer nur zwei Bilder vor Augen: den goldenen Engel oben in seinem Siegesflug, und den toten Vater unten in dem Gewirre von Seilen und Fesseln.

Schwerfällig antwortete er: Gott thut, was gut ist — ja Lina, wir wollen uns Mühe geben, das zu glauben, es ist die beste Brücke, die man sich schlagen kann.

Sie hatte gefragt und hörte doch die Antwort nicht, ihre Gedanken sprangen plötzlich ab: sie fühlte die Masse seines Rocks und erinnerte sich, weshalb sie von Ackermann weggegangen war. Nur ein Wort brauchte sie, um den Bruder willig zu machen; todmüde von Anstrengung und Erregung ließ er sich von ihr helfen und hegen wie ein kleines Kind. Er wurde sich kaum bewußt, daß sie ihn in ihren Alkoven bettete, in den die erfrischte Luft durch den leichten Vorhang einströmte, er schlief, ehe sie noch mit ihrer Sorge für seine Bequemlichkeit zu Ende war.

Dann ging sie noch einmal hinunter zu dem Freunde.

Aber selbstverständlich, Fräulein Lina, der Ackermann besorgt alles, was besorgt werden muß. — Und nehmen Sie sich Frau Flörke mit hinauf!

Frau Flörke, die nicht schweigen kann, Frau Flörke, die ihre Nebenmenschen mit weisen Anmerkungen peinigt?

Ackermann sah ein, daß einem Frau Flörke weher thun konnte als die Einsamkeit.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

„Allerlei Intimes vom Kaiser.“ Unter dieser Spitzmarke machte kürzlich die Tischrede eines altpreußischen Landrats, von Rohe, die Kunde durch die Zeitungen, in der dieser höhere Verwaltungsbeamte an des Kaisers Geburtstag eine Reihe ihm auf privatem Wege bekannt gewordne Äußerungen und Handlungen des Monarchen aus dem letzten Jahre zum besten gegeben hat. Unter anderm soll dabei Herr von Rohe auch bemerkt haben, daß nach seinen Informationen die Ausweisungspolitik des Herrn von Köller, die straffe Haltung der Regierung gegenüber den Anmaßungen des Polentums und die bisherige Nichtbestätigung des Berliner Oberbürgermeisters auf die „eigne Initiative des Kaisers“ zurückzuführen seien. In letzter Sache — so soll der Landrat hinzugefügt haben — sei es überhaupt wahrscheinlich, daß der neue Oberbürgermeister der Reichshauptstadt nicht bestätigt werden würde, da die bekannten Beschlüsse der freisinnigen Stadtvertretung über die Ehrung der „Märzgefallenen“ den Kaiser sehr verstimmt hätten und diese den

Hauptgrund für die verzögerte Bestätigung abgäben. — Wir gestehen ein, es von vornherein für eine Ungeheuerlichkeit, ja für eine Unmöglichkeit gehalten zu haben, daß ein höherer preußischer Verwaltungsbeamter so etwas einer aus allen möglichen Leuten zusammengesetzten Tischgesellschaft, d. h. öffentlich, zum besten gegeben habe, selbst wenn er des Glaubens gewesen wäre, die Tischgenossen würden den Takt haben, das Hinaustragen in eine weitere Öffentlichkeit durch die Presse zu verhindern. Eine Nichtigstellung des Preßklatsches ist bisher nicht erfolgt. So wenig wir geneigt sind, dem einzelnen Vorkommnis an sich den Wert einer Besprechung zuzubilligen, so giebt es uns doch Veranlassung zu einigen allgemeineren Betrachtungen.

Es ist endlich einmal mit aller Schärfe auszusprechen, daß der Kaiser sowohl in der preußischen Bevölkerung wie namentlich in den nichtpreußischen Teilen des deutschen Volkes die Liebe und Anerkennung nicht findet, die er verdient. Wenn man nach den Gründen dieser bedauerlichen Erscheinung forscht, so stößt man, zumal im Süden und Westen, durchweg auf die mit naiver Unkenntnis der Verhältnisse vorgetragene Ansicht, daß er der eigentliche Träger der altpreußischen junkerlichen Reaktion sei, wohl auch des Agrarierturns, des schützöllnerischen Schlotjunkertums und nicht am wenigsten der starren, unduldsamen, protestantischen Orthodoxie, die man alle mit einander in neuerer Zeit als in Preußen zu unumschränkter Herrschaft gelangt betrachtet. Man geht in der naiven Geschichtsfälschung in Süddeutschland sogar vielfach soweit, Bismarck als den Vorkämpfer des Fortschritts und des Liberalismus im edelsten Sinne dem Kaiser als dem Vertreter des finstern, illiberalen, selbst vor einem reaktionären Staatsstreich nicht zurückschreckenden Rückschritts gegenüberzustellen.

So lächerlich dieser Kontrast der von der Person des Kaisers herrschenden Vorstellungen mit der Person des Kaisers, wie sie wirklich ist, auch sein mag, so drohen sie doch schon zu einer ernstesten Gefahr für die gedeihliche Entwicklung der politischen Lage im Reiche zu werden. Sie bieten den partikularistischen wie den demokratischen Wühlereien das willkommenste Werkzeug und den fruchtbarsten Boden. Die Freunde des Reichs, die in des Kaisers Person und in ihrem harmonischen Zusammenwirken mit der Nation die Gewähr für die gesunde Weiterentwicklung der jungen deutschen Reichspolitik sehen, die aufrichtigen Freunde des Kaisers, namentlich die im besten Sinne konservativ und monarchisch gesinnten deutschen Männer in Preußen haben dieser Gefahr gegenüber Stellung zu nehmen und rücksichtslos ihre Ursachen und Urheber festzustellen und zu bekämpfen.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, wie schweres Unrecht dem Kaiser widerfahren ist, und wie gewaltige Hindernisse seiner aufopfernden Pflichterfüllung bereitet worden sind durch die an den Rücktritt Bismarcks anknüpfende, mit tausend giftigen Angriffen gegen die Person Wilhelms II. gerichtete Fronde, dieses echte, böse, altpreußische Junkertum mit Quidde und Harden im Bunde. Es liegt uns fern, darauf zurückzukommen. Möge der Schleier der Vergessenheit recht bald diese schmachvolle Episode verdecken. Wir wollen auch nicht zurückkommen auf den bösen Geist passiven Widerstands und hämischer Schadenfreude, der dem sogenannten „neuen Kurs“ in einzelnen Schichten des preußischen Beamtentums unter dem Deckmantel einer über dem Monarchen stehenden monarchischen Gesinnung nur zu oft begegnete, und auf das Zetergeschrei der altpreußischen Bürokratie über jede öffentliche persönliche Meinungsäußerung des Kaisers, die geflüstertlich im Übermaß aufgebauscht wurde. Wir erinnern an diese preußische junkerliche Fronde und an die eng mit ihr zusammenhängenden traurigen Erscheinungen im preußischen Beamtentum nur

deshalb, um ein für allemal außer Zweifel zu stellen, daß die Kreise, die daran teil genommen haben und vielleicht noch teil nehmen möchten, am wenigsten ein Recht haben, Unmut und Tadel über den Undank und die Antipathien, die in leider sehr weiten Kreisen der deutschen Nation noch gegen den deutschen Kaiser herrschen, laut werden zu lassen, daß sie vielmehr die Mitschuld, ja die Hauptschuld daran tragen, daß es so ist. Sagen wir es offen: die Reaktion in Preußen hat den Kaiser um die wohlverdiente Liebe, den gebührenden Dank und das notwendige Vertrauen der deutschen Patrioten und damit des deutschen Volks betrogen. Hier in Preußen ist die Schuld zu suchen, und in Preußen deshalb auch für die Sühne und für die Abhilfe zu sorgen. Wenn Bismarck einmal gesagt hat, der weise Staatsmann müsse zu Zeiten konservativ, zu Zeiten liberal zu regieren wissen, dann ist es in Preußen hohe Zeit, daß wieder einmal liberaler oder weniger reaktionär regiert wird. Das sollten die preußischen Konservativen sich endlich gesagt sein lassen. Wollen sie es nicht beherzigen, so werden sie auch in Zukunft den deutschen Kaiser um das Vertrauen und den Dank des deutschen Volks betrügen lassen und damit leider die Regierung eines der pflichttreuesten, begabtesten, im besten Sinne liberalen Hohenzollern zu einer tragischen machen.

Und warum giebt uns die Tischrede des Herrn von Koge zu diesen trüben Betrachtungen Veranlassung?

Es gehörte zu den Gepflogenheiten der junkerlichen und bürokratischen Fronde, die persönliche Initiative des Kaisers in allen Sachen öffentlich vorzutheilen, obgleich man, wo der Kaiser sich selbst zu ihr zu bekennen für gut fand, Zeter darüber schrie. Es schien Methode geworden zu sein, daß die verantwortlichen hohen Beamten nicht den Monarchen deckten, sondern sich durch die Person des Monarchen zu decken suchten. Wo nur immer eine reaktionäre Maßregel in Preußen vorbereitet werden sollte, da suchte man die persönliche Initiative des Kaisers, durch irgend eine beiläufige, intime Äußerung belegt, dafür ins Treffen zu führen und es an die große Glocke zu hängen. Man wußte genau, daß man damit Öl ins Feuer und Wasser auf die Mühle derer goß, die die leichtgläubigen Massen gegen den Kaiser aufzuheizen immer bereit waren. Man machte sich zum Mitschuldigen dieser Hege, und wie es zuweilen schien, nicht ohne Vorbedacht. Indem man Veranlassung gab, den Kaiser im Volke als den Vertreter der schroffen Reaktion zu beschimpfen — wer die Frage der Majestätsbeleidigungen unbefangen studiert, wird das verstehen —, um so mehr glaubte man den Kaiser zu isolieren und der Reaktion wirklich in die Arme zu treiben, in die Arme der Fronde, die über und durch den Monarchen herrschen wollte.

Wir sind weit entfernt, den Landrat von Koge zu dieser Fronde zu rechnen, aber wie konnte er nach privaten oder nichtöffentlichen amtlichen Informationen — ohne daß der Kaiser sich selbst darüber öffentlich zu äußern für gut befunden hatte — die Köllerschen Maßnahmen und nun gar die noch nicht einmal erfolgte Nichtbestätigung des zum ersten Bürgermeister von Berlin gewählten Bürgermeister Kirchner, ja schließlich auch die auffallende Verschleppung der Entscheidung in dieser Sache als der persönlichen Initiative des Kaisers entsprungen hinstellen? Wir haben uns zu Genüge über die politischen Zustände in der Berliner Stadtverwaltung ausgesprochen und namentlich auch das skandalöse Gebaren der von einer Clique demokratischer und sozialdemokratischer Schreier und Streber schlimmster Art terrorisierten Mehrheit der Stadtverordneten in Sachen der Gräber der „Märzgefallenen“ hinreichend gekennzeichnet. Aber es hieße jede Kenntnis der Anschauungen und der Urteilsfähigkeit der Berliner Einwohnerschaft, ja der Natur der Volksseele

überhaupt verleugnen, wollten wir nicht die Nichtbestätigung eines so durch und durch achtbaren, patriotischen und geschäftstüchtigen Mannes, als welcher Kirschner in Berlin und in seinem frühern Wirkungskreise bekannt ist, für einen schweren Fehler bezeichnen — besonders nachdem er seiner Zeit als zweiter Bürgermeister anstandslos bestätigt worden war und nun nach langen Verhandlungen und Bedenken sich hatte bereit finden lassen, die Wahl zu der wenig beneidenswerten Stellung als Haupt einer politisch so verrotteten Stadtverwaltung anzunehmen. Und vor allem hätte man das rechtzeitig sagen müssen, ja schon vor der Wahl sagen sollen. Niemand in Berlin hat in der Wahl Kirschners einen oppositionellen Akt gesehen, und jetzt behandelt man die Gemeinde Berlin, wie ein Landrat das kleinste Dorf nicht behandeln sollte, das verantwortliche Haupt einer so riesigen Verwaltung wie einen Flurschützen, der froh sein muß, überhaupt vom Schreiber des gnädigen Herrn Landrats einen Bescheid zu bekommen oder auch nicht.

Es ist unerhört, solche Fehler mit der persönlichen Initiative des Kaisers decken zu wollen. Das steht mit allen guten Traditionen des preußischen Beamten-tums im schroffsten Widerspruch. Lächerlich geradezu ist es, dem Kaiser dafür die Verantwortung aufzubürden. Und wenn er ohne Kenntnis der wahren Sachlage und der sich aus ihr ergebenden Konsequenzen persönlich der Bestätigung Kirschners abgeneigt wäre und sich dahin geäußert hätte, so wäre es seiner in dieser Sache verantwortlichen Berater verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, dem entgegen zu treten und nicht etwa hinter der bekannnten jämmerlichen Ausrede Deckung zu suchen: Ja der Kaiser duldet keinen Widerspruch. Mögen die Zweifel gegen die Fähigkeit Kirschners, den Augiasstall in der Stadtverwaltung auszuräumen, berechtigt sein oder nicht, wie jetzt die Sache in den Sumpf gefahren ist, bedeutet die Nichtbestätigung nichts weiter als einen ungeheuern Machtzuwachs der demokratischen und sozialdemokratischen Hezerei in Berlin und eine ungeheure Förderung der unberechtigten Antipathien gegen den Kaiser im Reiche. Wir hören schon in Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, ja auch in Sachsen die Stimmen vieler guter Monarchisten und Reichsfreunde: So etwas wäre bei uns ganz unmöglich, und es wäre auch zu Bismarcks Zeiten in Preußen ganz unmöglich gewesen — und wir sind leider Gottes nicht in der Lage, sie Lügen zu strafen. Wir sehen voraus, wie die gemäßigt liberalen Elemente in Berlin und Preußen dadurch noch mehr jedes Einflusses beraubt und selbst immer mehr verbittert werden. Der Zwiespalt wird immer größer und unversöhnlicher, und wenn die Reaktion darin auch momentan ihre Rechnung zu finden hofft, die konservative Sache im guten Sinne, die Monarchie und vor allem der Kaiser selbst haben davon nichts als Schaden. Mit dem größten Bedauern haben wir gehört, daß der preußische Minister des Innern im Abgeordnetenhaufe die Bestätigung der Berliner Bürgermeisterwahl als einen königlichen Akt hinstellte, der sich der Kritik der Volksvertretung, d. h. also der Verantwortung des Ministers entziehe. Naht und schroff ist hier die falsche Gepflogenheit, den Monarchen persönlich vor dem Volke verantwortlich zu machen, zum Grundsatz erhoben. Freiherr von Koze und Freiherr von der Necke mögen es nach bestem Wissen gut mit dem Kaiser gemeint haben bei ihren Reden, aber vor den Grundsätzen solcher Freunde möge Gott den Kaiser schützen.

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig